

Antrag der Fraktion der CDU

Zusagen an die Wirtschaft einhalten und „Abwasser GmbH“ gründen

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen muss eines der zentralen Ziele einer nachhaltigen und erfolgreichen Wirtschaftspolitik sein. Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosenzahlen in Bremen kommt dieser Aufgabe eine besondere Rolle zu. Insbesondere muss die Stärkung der gewerblichen Wirtschaft und des Mittelstandes die Grundlage sein.

Um Bremen weiter als leistungsstarken Wirtschaftsstandort zu etablieren, muss daher insgesamt die Wettbewerbssituation für Unternehmen und Betriebe in Bremen verbessert werden. Eine Möglichkeit, um die Stadt Bremen als Produktionsstandort für die Zukunft wettbewerbsfähiger zu machen, ist die Schaffung einer Rechtskonstruktion, durch die Unternehmen die Mehrwertsteuer auf Abwasser als Vorsteuer geltend machen können. Darüber hinaus muss langfristig sichergestellt werden, dass Gebührenstabilität herrscht und die Gebühren für Wasser und Abwasser insgesamt sinken.

In einer Senatsvorlage vom 30. September 2008 erklärt der Senat es zum politischen Ziel, eine Neugestaltung der Organisation der kommunalen Abwasserbeseitigung vorzunehmen, um gewerblichen Unternehmen die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges einräumen zu können. Gleiches wurde im Koalitionsvertrag von 2007 zwischen den Regierungsparteien vereinbart. Seit knapp vier Jahren der eigenen Beratung, sowie intensiver Auseinandersetzung mit diesem Thema in der vergangenen Legislaturperiode, scheint die rot-grüne Koalition nicht in der Lage zu sein, inhaltliche Differenzen innerhalb des Regierungsbündnisses im Sinne einer wirtschafts- und standortfördernden Politik zu lösen.

Der Senat ist daher aufgefordert, seine Zusagen aus dem Senatsbeschluss sowie aus dem Koalitionsvertrag von 2007 gegenüber der bremischen Wirtschaft einzuhalten, damit die genannten Wettbewerbsnachteile für Bremer Unternehmen beseitigt werden können.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, seine in der Senatsvorlage vom 30. September 2008 getroffene Aussage zur Umstrukturierung der kommunalen Abwasserbeseitigung einzuhalten und zum 1. Januar 2011, gemeinsam mit der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr, eine „Bremische Abwasser GmbH“ mit einer Kostenneutralität für private Haushalte zu gründen.

Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU